

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
26. September 2012
- 3 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
mit zwei Änderungsanträgen der Fraktion FDP
- 4.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
- 4.3 Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche
Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"
Vorlage: 12/SVV/0300
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Groß Glienicke
- 4.4 Kein Verkauf von Meldeadressen
Vorlage: 12/SVV/0474
Fraktion Die Andere
- 4.5 Umsetzung der Empfehlungen der Transparenzkommission - Sponsoring-
Richtlinien und Compliance-Richtlinie
Vorlage: 12/SVV/0511
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4.6 Tourismusbuskonzept
Vorlage: 12/SVV/0132
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.7 Verband Kommunaler Krankenhäuser
Vorlage: 12/SVV/0594
Fraktion DIE LINKE

- 4.8 Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0461
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.9 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD
- 4.10 Umgang mit dem Einwohnerantrag "Straßenausbau in Golm - wirtschaftlich, bürger-freundlich und sicher für alle Verkehrsteilnehmer"
Vorlage: 12/SVV/0665
Fraktion SPD
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Zeitnahe Information der Stadtverordneten über interne und externe Stellungnahmen zu Beratungsgegenständen
Vorlage: 12/SVV/0636
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 5.2 Beschlusskontrolle
Vorlage: 12/SVV/0648
Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26. September 2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- Tagesordnungspunkt 4.3, DS 12/SVV/0300, Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer", auf Wunsch der Antragstellerin,
- Tagesordnungspunkt 4.4, DS 12/SVV/0474, Kein Verkauf von

Meldeadressen, da der Antrag auf Wunsch der Antragstellerin auch im Ausschuss Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung bis zum Abschluss des Novellierungsverfahrens auf Bundesebene zurückgestellt wurde,

- Tagesordnungspunkt 4.7, DS 12/SVV/0594, Verband Kommunaler Krankenhäuser, weil seitens der Verwaltung dazu Informationen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gegeben werden und eine Beratung des Antrags erst danach erfolgen soll,
- Tagesordnungspunkt 4.8, DS 12/SVV/0461, Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern, da hierzu eine Vorlage der Verwaltung für den nicht öffentlichen Teil vorliegt, die in den Ausschuss für Finanzen zu überweisen ist und gemeinsam mit der DS 12/SVV/0461 behandelt werden soll,

Im Weiteren beantragt Herr von der Osten- Sacken, die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2, DS 12/SVV/0022 und 12/SVV/0023 **zurückzustellen**, zu denen er ein aktuelles BGH-Urteil zu Aufsichtsratsbesetzungen in der Stadt Essen recherchiert habe und dies vor einer Beschlussfassung allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben werden sollte. Herr Schubert schließt sich dem Vorschlag der Zurückstellung an und bittet Herrn von der Osten-Sacken, das Urteil den Fraktionen schnellstmöglich zukommen zu lassen.

Frau Dr. Müller verweist bezüglich Tagesordnungspunkt 4.9, DS 12/SVV/0664, Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm darauf, dass die Fraktion DIE LINKE einen adäquaten Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung eingereicht habe. Sie schlägt vor, entweder beide Anträge in der heutigen Sitzung zu beraten oder beide in der Hauptausschusssitzung am 24. Oktober 2012. Herr Schubert entgegnet, dass er den Antrag nicht kenne und fragt, ob ein Auftrag an den Oberbürgermeister, so wie von der Fraktion SPD vorgeschlagen, dem Anliegen der Fraktion entspreche bzw. sich darin wiederfinde. Frau Dr. Schröter antwortet darauf und schlägt vor, den Antrag der Fraktion SPD im Geschäftsgang zu belassen, um dann zu sehen „wie sich die Dinge entwickeln“.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister über Anträge auf Rederecht der Fraktion SPD zum TOP 4.9, 110-KV-Leitung – für Herrn Grütter, Sprecher der Bürgerinitiative Marquardt und zum Tagesordnungspunkt 4.10 – Straßenausbau Golm – für Frau Hanf, Mit-Initiatorin für eine Einwohnerversammlung, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Zur Niederschrift der 77. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 26. September 2012 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass mit dem Ausscheiden von Herrn Schröder die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden vakant ist und bittet um Vorschläge.

Herr Schubert schlägt darauf hin Herrn Heinzel für die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden vor und begründet dies.

Dem Antrag des Oberbürgermeisters, darüber offen abzustimmen, wird einstimmig angenommen.

Daraufhin erfolgt die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden in offener Abstimmung.

Für Herrn Heinzel stimmen 9 Hauptausschussmitglieder mit JA, eines mit NEIN und 4 Mitglieder enthalten sich der Stimme. Damit ist Herr Heinzel zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses gewählt; Herr Heinzel nimmt die Wahl an.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
mit zwei Änderungsanträgen der Fraktion FDP

zurückgestellt

zu 4.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012

zurückgestellt

zu 4.3 Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"

Vorlage: 12/SVV/0300

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Groß Glienicke

zurückgestellt

zu 4.4 Kein Verkauf von Meldeadressen

Vorlage: 12/SVV/0474

Fraktion Die Andere

zurückgestellt

zu 4.5 Umsetzung der Empfehlungen der Transparenzkommission - Sponsoring-Richtlinien und Compliance-Richtlinie

Vorlage: 12/SVV/0511

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister verweist auf die entsprechenden Empfehlungen der Transparenzkommission und die zustimmende Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Rahmenrichtlinie über die Förderung Dritter durch Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (Richtlinie zum aktiven Sponsoring – gemäß Anlage)
2. Rahmenrichtlinie über die Förderung von Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam durch Dritte (Richtlinie zum passiven Sponsoring - gemäß Anlage)
3. Rahmenrichtlinie über einheitliche (Mindest-)Standards für Compliance-Programme in den Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (Compliance-Richtlinie - gemäß Anlage)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **14**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **1**

zu 4.6 **Tourismusbuskonzept**

Vorlage: 12/SVV/0132

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung hat den Antrag in seiner Sitzung am 22.03.12 mit 2:6:2 abgelehnt, der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen hat in seiner Sitzung am 25.09.12 mit 6:3:0 zugestimmt.

Nachdem Herr Schüler namens der Antragstellerin um eine Terminänderung auf März 2013 gebeten hat, merkt Frau Dr. Müller an, dass es eine neue Fassung der DS vom 24. September 2012 gibt.

Da diese Fassung den anderen Hauptausschussmitgliedern nicht bekannt ist, wird der Tagesordnungspunkt **zurückgestellt** und soll in der Sitzung am 24. Oktober wieder aufgerufen werden.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.7 **Verband Kommunaler Krankenhäuser**

Vorlage: 12/SVV/0594

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 4.8 **Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern**

Vorlage: 12/SVV/0461

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.9 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD

Eingangs erhält Herr Grütter, Sprecher der Bürgerinitiative Marquardt, das Rederecht und geht dabei auf die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Planrechtfertigung, die Forderung einer Risikominimierung und die eingetragenen Dienstbarkeiten in den Grundbüchern ein. Der Redebeitrag wird für jede Fraktion in einem Exemplar schriftlich zur Verfügung gestellt.

Anschließend bringt Herr Schubert den Antrag ein und verweist auf mehrere diesbezüglich gestellte Anträge und Anfragen, letztmalig von Frau Hüneke im September 2012. Im Weiteren bittet er, im zweiten Anstrich des Antrags das Wort „Ersatzneubau“ in „Neubau“ zu ändern.

Der Oberbürgermeister führt im Weiteren aus, dass die genannten Beispiele, wie Wildau bekannt seien und er bereits diesbezügliche Gespräche mit den Vorständen von E.on Edis als Mitgesellschafter bei der EWP geführt habe. Die zu klärende Frage sei, wer die Kosten für die detaillierte Planung übernimmt. Um eine Vorstellung davon zu haben, um welche Summen es sich hier handele, sei eine Kostenschätzung vereinbart worden. Letztlich bedeute das aber, dass die geforderte Trasse auch mit städtischem Geld finanziert werde, denn wenn die Stadt die Planungskosten übernehme, sei E.on Edis bereit, über die geforderten Alternativen nachzudenken.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Schüler, dass er erhebliche Bedenken habe, dem Antrag zuzustimmen, Da das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, sollte es keine Festlegungen zu förmlichen Verhandlungen geben – er halte das für riskant und für eine schlechte Ausgangsposition der Stadt.

Frau Dr. Schröter betont, dass sich die Fraktion DIE LINKE auch bisher für eine bürgerfreundliche Lösung eingesetzt habe – deshalb wolle die Fraktion in ihrem für die Stadtverordnetenversammlung am 07.11.12 vorliegenden Antrag den Oberbürgermeister mit Gesprächen beauftragen. Um einen Interessensausgleich zu finden, müsse die Stadt auch bereit sein, Mehrkosten zur Verfügung zu stellen.

Daran anschließend merkt Herr Schubert an, dass sich die Stadt nicht zum ersten Mal an Leitungsumverlegungen beteilige. Außerdem gebe der Antrag nur eine Richtung für die Gespräche vor, die der Oberbürgermeister sowieso schon führe.

Herr Klipp dankt Herrn Grütter für seine Ausführungen und betont, dass Stadt und Bürgerinitiative hier am gleichen Strang ziehen. Das Problem sei die Haltung von E.on Edis, die sich dem Gespräch entziehen. Deshalb sollte die Politik eher die Verhandlungsposition des Oberbürgermeisters unterstützen und E.on Edis auffordern, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und Ergebnisse einer Variantenuntersuchung vorzulegen. Außerdem sollte das Landesamt nicht aus der Pflicht genommen und aufgefordert werden, vom Vorhabenträger Alternativtrassen zu fordern.

Herr Schüler führt aus, dass mit dem Antrag die Position der Stadt im Anfechtungsverfahren geschwächt werde und die Stadt auch keine Eile habe, weil eine Trasse ohne Planfeststellungsverfahren nicht gebaut werde. Außerdem könne sich die Stadt gegen das Ergebnis wehren.

Herr Heinzel hält es für falsch, schon jetzt eine Kostenbeteiligung der Stadt zu

fordern. Wenn es zutrefte, das E.on Edis eine Pflichtverletzung begangen habe, sollten die Bürger auch den gerichtlichen Weg beschreiten.

Herr Kahle betont, dass die Verwaltung alle Kraft in das Planfeststellungsverfahren gelegt und ein Umdenken beim Landesamt erreicht habe. Er sehe eine Chance, dass das Landesamt Alternativtrassen vom Vorhabenträger fordern werde; da sei „Bewegung drin“. Er empfiehlt abzuwarten, denn die Stadt habe alle notwendigen Schritte unternommen.

Frau Dr. Schröter hält eine Zurückstellung des Antrags für sinnvoll, da die Fraktionen noch keine Gelegenheit hatten, darüber zu beraten.

Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus - auch um die rechtlichen Auswirkungen eines entsprechenden Beschlusses prüfen zu können. Die antragstellenden Fraktionen sollten sich darüber hinaus zu ihren Anträgen verständigen.

Herr Schubert stimmt dem Vorschlag, den Antrag zurückstellen, zu und plädiert dafür, in 14 Tagen eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die Stadt bereit ist, diesbezüglich Kosten zu übernehmen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.10 Umgang mit dem Einwohnerantrag "Straßenausbau in Golm - wirtschaftlich, bürger-freundlich und sicher für alle Verkehrsteilnehmer"

Vorlage: 12/SVV/0665

Fraktion SPD

Eingangs erhält Frau Hanf, Mit-Initiatorin für eine Einwohnerversammlung, das Rederecht und erläutert die Bedenken und Forderungen der Golmer Bürger.

Herr Schubert bringt anschließend den Antrag ein. Hintergrund sei die Frage, ob die Bürger gemäß Straßenausbaubeitragssatzung informiert worden seien. Nach Meinung der Fraktion sei hier seitens der Verwaltung nicht rechtskonform verfahren worden. Er verweist darauf, dass ein diesbezüglicher Einwohnerantrag vorliege, über den aber erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.12 entschieden werde, so dass es jetzt darum gehe, zwischenzeitlich keine vollendeten Tatsachen zu schaffen.

Daran anschließend unterstreicht der Oberbürgermeister, dass es hier nicht um Inhalte gehe, sondern nur darum, keine Fakten zu schaffen. Er bittet Herrn Klipp über die rechtlichen Konsequenzen zu informieren und darüber, wo ein „Cut“ möglich ist.

Herr Klipp informiert darüber, dass mit der Maßnahme am 13. Juli begonnen wurde und diese an 15. Dezember d. J. abgeschlossen sein solle; die Aufträge seien komplett vergeben. Da der Bau weit vorangeschritten sei, führe das Anliegen des Antrags unweigerlich zu Mehrkosten und Schadensersatzforderungen. Die Maßnahme werde aus Mitteln der EWP und dem Verkauf der Wohnblöcke in Golm vorfinanziert.

Da es sich um eine Maßnahme der Gefahrenabwehr und nicht um eine KAG-Maßnahme handele, fehle die Kostenklarheit. Diese wiederum sei eine Voraussetzung für die geforderte Anhörung – erst 2016 ff werde dies möglich sein. Auf Nachfrage führt er konkretisierend aus, dass die Kosten für den Abschnitt zwar bekannt seien, aber nicht, nach welchem Schlüssel die Umlage erfolge. Darüber hinaus seien auch Kostensteigerungen umlagefähig.

Bezüglich der Kritik, eine Einwohnerversammlung erst sehr spät durchgeführt zu haben, betont er, dass für die Einberufung Fristen einzuhalten seien – auf Grund der Sommerferien wollte die Verwaltung nicht den Eindruck erwecken, Betroffene auf Grund von Urlaub davon auszuschließen.

Herr Schubert sieht die Schwierigkeit darin, dass hier erst der Straßenbau und dann eine Anhörung erfolge, so dass die Bürgerbeteiligung ad absurdum geführt werde.

Herr Schüler betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Mit Antragstellerin sei und der Antrag eine Beratung des Einwohnerantrages ermöglichen solle. Die Situation sei aus Sicht seiner Fraktion sehr bedauerlich.

Frau Dr. Schröter führt aus, dass auch die Fraktion DIE LINKE als Zeichen an die Bürger dem Antrag zustimmen werde. Kritikwürdig sei, dass die Betroffenen nicht von vornherein gefragt wurden, ob sie das wollen oder nicht.

Herr Schubert schließt daran an und verweist auf die Widersprüche der Bürger sowohl auf der Informationsveranstaltung als auch der Veranstaltung zum Stadtentwicklungskonzept-Verkehr – beide wurden vor Beginn der Maßnahme durchgeführt und die Kritiken blieben unbeachtet.

Herr Heinzel betont, dass er einen Baustopp ablehne, denn es gebe auch Golmer Bürger, die das Vorhaben unterstützen. Seit Jahren sei der Zustand der Reiherbergstraße bemängelt worden und hätten Bürger das auch im Ortsbeirat regelmäßig kritisiert.

Herr Klipp verweist darauf, dass sich die Widersprüche allein auf die Tieferlegung der Straße bezogen hätten, was aber kostenseitig keinen Unterschied mache. Wollte man diesen Aspekt offenhalten, sei das bautechnischer und verkehrstechnischer Unsinn. Dies, so Herr Schubert, sollte noch einmal geprüft werden, denn in den genannten Veranstaltungen seien für die Tieferlegung Mehrkosten von 50.000 Euro genannt worden.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass bis zur Einbringung und Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung über den Einwohnerantrag „Straßenausbau in Golm - wirtschaftlich, bürgerfreundlich und sicher für alle Verkehrsteilnehmer“ in der November-Stadtverordnetenversammlung keine Maßnahmen unternommen werden, die einer möglichen positiven Beschlussfassung über den Antrag zuwiderlaufen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	2

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Zeitnahe Information der Stadtverordneten über interne und externe
Stellungnahmen zu Beratungsgegenständen**

Vorlage: 12/SVV/0636

Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

Frau Dr. Müller regt an, in den ausgereichten Beschlussvorlagen Hinweise auf Beauftragungen zu vermerken. Dann könne jeder selbst entscheiden, inwieweit er in die Materie einsteigen wolle. Dem schließt sich Herr Sändig an und betont, dass es um eine rechtzeitige Information gehe, die eine umfassende Meinungsbildung ermögliche.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2

Beschlusskontrolle

Vorlage: 12/SVV/0648

Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter, warum die Umsetzungsstrategie für die Uferkonzeption erst im II. Quartal 2013 vorgelegt werde, entgegnet der Oberbürgermeister, dass der Umfang des Auftrags dafür ausschlaggebend sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6

Sonstiges

Der Oberbürgermeister verweist auf einen Bombenfund im Wohngebiet „Am Stern“ und informiert über die weiteren Maßnahmen, wie die Evakuierung im Sperrkreis am Freitag, 12.10.12.